

Vorlage Nr. I-A 3/2023		
für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Anerkennung von überplanmäßigem Personalbedarf für eine weitere Stelle Sachbearbeitung im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung mit SWAE

A Problem

Mit Wirkung zum 01.01.2021 wurde zwischen der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (SWAE) und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven eine Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Vorhaben geschlossen. In jeweils vorhabenspezifischen Anlagen wird die Übertragung der notwendigen Mittel an den Magistrat, Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik geregelt und das Fachamt mit den für die Durchführung/Umsetzung notwendigen Aufgaben betraut.

Dieses Verfahren dient vornehmlich der Vereinfachung des Mittelflusses (ESF- und Landesmittel) nach Bremerhaven. Andererseits entbindet es auch die arbeitsmarktpolitischen Dienstleister und andere Projektträger von der Pflicht, für Einzelmaßnahmen, die nun im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung umgesetzt werden können, Anträge in Bremen zu stellen. Allerdings sind dafür etliche zusätzliche Aufgaben zur Mittelverwaltung im Amt 83 zu leisten:

- Controlling
- Aktenführung/Belegverwaltung
- Abrechnung der Landesmittel mit dem Mittelgeber über die Plattform VERA
- Erstellung von Auszahlanträgen
- Weiterleitung der Landesmittel an die Projektträger
- Antragsprüfung und Erstellung von Bescheiden
- Prüfung der eingereichten Verwendungsnachweise
- Kontakt mit den Weiterleitungsempfängern und der senatorischen Dienststelle
- Prüfungsvorbereitung.

Daher wurde bereits im Herbst 2021 ein zusätzlicher Stellenbedarf für eine Stelle Sachbearbeitung im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung (0,77 VÄ, TVöD 9a (VKA)). Die Finanzierung erfolgt vollständig über SWAE. Mittlerweile sind weitere, z.B. große Landesprogramme und Einzelvorhaben in die Administration von Amt 83 übertragen worden.

Die Sachbearbeitung, vor allem im Bereich der Antrags- und Nachweisprüfung, ist von einer (Teilzeit-)Stelle nicht mehr zu leisten. SWAE hat daher zugesagt, im Amt 83 eine weitere Stelle für die Sachbearbeitung (1,0 VÄ) bis mindestens 31.12.2027 zu finanzieren. Die Finanzierungszusage ist bereits in die Verwaltungsvereinbarung aufgenommen worden.

B Lösung

Im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik wird eine zusätzliche Stelle (1,0 VÄ, TVöD 9a (VKA)) zur Sachbearbeitung im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung geschaffen. Die Stellenbeschreibung (analog zur bereits anerkannten Stelle) ist als Anlage beigefügt.

Die Finanzierung erfolgt durch das Land über die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa. Eine verbindliche Finanzierungszusage bis vorerst Ende 2027 liegt im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung bereits vor.

C Alternativen

Keine, die vertretbar wären.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Es entstehen dem Amt 83 keine zusätzlichen Kosten, da eine Finanzierungszusage durch SWAE für den notwendigen Stellenanteil bis mindestens Ende 2027 vorliegt (siehe Anlage).

Die besonderen Belange von Frauen sowie ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind nicht betroffen. Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen sowie eine besondere Betroffenheit eines Stadtteils sind nicht zu erkennen. Die besonderen Belange der Menschen mit Behinderung und die besonderen Belange des Sports sind von dem Beschlussvorschlag nicht betroffen.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Organisationsabteilung im Personalamt ist zu beteiligen. Zur Umsetzung dieser Maßnahme ist die Anerkennung des hier beschriebenen überplanmäßigen Bedarfs im Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik durch den Personal- und Organisationsausschuss sowie ein Beschluss der Mitbestimmungsgremien erforderlich.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet und wird über das zentrale Informationsregister der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt durch das Dez. I.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung stimmt vorbehaltlich der Finanzierung durch SWAE der Schaffung einer überplanmäßigen Personalstelle für die Sachbearbeitung im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung mit SWAE (1,0 VÄ, zunächst befristet bis Ende 2027, Entgeltgruppe 9a TVöD Entgeltordnung/VKA) zu und empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss eine entsprechende Beschlussfassung.

Gez.
Melf Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Stellenbeschreibung Sachbearbeitung Landesmittelverwaltung